



Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, den 1. November 2015, Nr. 21

Inhaltsübersicht

Allgemeine Verfügungen

Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH).....	363
Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik).....	370
Personalnachrichten	370
Ausschreibungen	374

Allgemeine Verfügungen

Nr. 30. Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH)

AV d. JM vom 14. Oktober 2015 (5603 - Z. 92)
- JMBl. NRW S. 363 -

Die AV d. JM vom 30. Oktober 2001 (5603 - I B. 92) - JMBl. NRW. S. 271 -, die zuletzt durch die AV d. JM vom 29. Juli 2013 (5603 - Z. 92) - JMBl. NRW S. 196 - geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1

Nach dem Einleitungssatz wird folgende Vorbemerkung eingefügt:

„Vorbemerkung:

Dieser Verwaltungsvorschrift liegen zwei Tabellen als Anlagen an. Den Tabellen können die voraussichtlich entstehenden Verfahrenskosten in den dort genannten Verfahren entnommen werden (**Anlage 1** für Klageverfahren vor den ordentlichen Gerichten I. und II. Instanz -, **Anlage 2** für familiengerichtliche Verfahren I. Instanz). Die Kosten setzen sich aus den bei einem normalen Verfahrensablauf entstehenden Gerichtsgebühren (Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen) sowie den Gebühren für die Vertretung durch einen Prozessbevollmächtigten (Nrn. 3100 und 3104 bzw. Nrn. 3200 und 3202 VV-RVG) zuzüglich Auslagenpauschale und Umsatzsteuer zusammen. Voraussichtlich entstehende weitere Kosten sind dem jeweiligen Kostenbetrag der Tabellen hinzuzurechnen. Für die Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe wird zusätzlich auf Abschnitt B. verwiesen.“

2

Abschnitt A. wird wie folgt geändert:

2.1

Nummer 1.1 wird wie folgt gefasst:

„Einem Antrag auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe ist grundsätzlich das Formular „Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe“ beizufügen (§ 117 Abs. 2 bis 4 ZPO in Verbindung mit den Bestimmungen der Prozesskostenhilfeformularverordnung). Wird der Antrag zu Protokoll der Geschäftsstelle erklärt, soll die Partei durch Aushändigung des Hinweisblattes zum Formular auf die Bedeutung der Prozesskostenhilfe hingewiesen werden.“

2.2

Nummer 1.3 wird gestrichen.

2.3

Nummer 2.3 wird wie folgt geändert:

a.

In Satz 1 wird das Wort „Kostennachricht“ durch das Wort „Kostenanforderung“ ersetzt.

b.

In Absatz 2 wird die Angabe „§ 124 Nr. 4 ZPO“ durch die Angabe „§ 124 Abs. 1 Nr. 5 ZPO“ ersetzt.

2.4

In Nummer 2.5.1 wird das Wort „Kostennachricht“ durch das Wort „Kostenanforderung“ ersetzt.

2.5

In Nummer 2.5.2 wird der Klammerzusatz „(§ 124 Nr. 4 ZPO)“ durch den Klammerzusatz „(§ 124 Abs. 1 Nr. 5 ZPO)“ ersetzt.

2.6

In Nummer 2.5.8 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

2.7

Nach Nummer 2.5.8 wird folgende Nummer angefügt:

„2.5.9

wenn sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Partei entgegen § 120a Abs. 2 Satz 1 bis 3 ZPO dem Gericht wesentliche Verbesserungen ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse oder Änderungen ihrer Anschrift unrichtig oder nicht unverzüglich mitgeteilt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 ZPO),“

2.8

Nach Nummer 2.5.9 wird folgende Nummer angefügt:

„2.5.10

wenn eine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist oder das Verfahren anderweitig beendet worden ist, um gemäß § 120a Abs. 3 ZPO zu prüfen, ob eine Änderung der Entscheidung über die zu leistenden Zahlungen mit Rücksicht auf das durch die Rechtsverfolgung oder -verteidigung Erlangte geboten ist oder zur eventuellen Bestimmung einer Frist zur Überprüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Partei nach § 120a Abs. 1, 2 ZPO.“

2.9

In Nummer 3.1 wird der Klammerzusatz „(§ 27 KostVfg)“ durch den Klammerzusatz „(§ 24 KostVfg)“ ersetzt.

2.10

Nummer 3.2 Abs. 2 wird wie folgt ergänzt:

„Das Gleiche gilt gemäß § 31 Abs. 4 GKG, soweit der Schuldner aufgrund des § 29 Nr. 2 GKG (Übernahmeschuldner) haftet, wenn

- a. er die Kosten in einem vor Gericht abgeschlossenen oder gegenüber dem Gericht angenommenen Vergleich übernommen hat und
 - b. der Vergleich einschließlich der Verteilung der Kosten von dem Gericht vorgeschlagen worden ist und
 - c. das Gericht in seinem Vergleichsvorschlag ausdrücklich festgestellt hat, dass die Kostenregelung der sonst zu erwartenden Kostenentscheidung entspricht.
- § 8 KostVfg ist zu beachten.“

2.11

Nummer 4.1 wird wie folgt gefasst:

„Der Kostenbeamte behandelt die festgesetzten Monatsraten und die aus dem Vermögen zu zahlenden Beträge (§ 120 Abs. 1 ZPO) wie Kostenforderungen. Sie werden von der Geschäftsstelle ohne vorherige Überweisung an die Gerichtskasse unmittelbar von dem Zahlungspflichtigen angefordert (§ 26 KostVfg). Monatsraten, Teilbeträge und einmalige Zahlungen sowie deren Fälligkeitstermine sind sowohl in der Urschrift der Kostenrechnung als auch in der Kostenanforderung besonders anzugeben.“

2.12

Nummer 4.4 wird wie folgt gefasst:

„Wird die Partei, der Prozesskostenhilfe mit Zahlungsbestimmung bewilligt ist, rechtskräftig in die Prozesskosten verurteilt (Entscheidungsschuldner nach § 29 Nr. 1 GKG), sind vom Gegner bereits entrichtete Kosten zurückzuzahlen (§ 31 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz GKG), soweit es sich nicht um eine Zahlung nach § 13 Abs. 1 und 3 JVEG handelt und die Partei, der Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, der besonderen Vergütung zugestimmt hat.

Das Gleiche gilt gemäß § 31 Abs. 4 GKG, soweit der Schuldner aufgrund des § 29 Nr. 2 GKG (Übernahmeschuldner) haftet, wenn

- a. er die Kosten in einem vor Gericht abgeschlossenen oder gegenüber dem Gericht angenommenen Vergleich übernommen hat und
 - b. der Vergleich einschließlich der Verteilung der Kosten von dem Gericht vorgeschlagen worden ist und
 - c. das Gericht in seinem Vergleichsvorschlag ausdrücklich festgestellt hat, dass die Kostenregelung der sonst zu erwartenden Kostenentscheidung entspricht.
- § 8 KostVfg ist zu beachten.“

2.13

In Nummer 4.5 Satz 2 wird das Wort „Kostennachricht“ durch das Wort „Kostenanforderung“ ersetzt.

2.14

Nummer 4.6 wird wie folgt gefasst:

„Für die Behandlung der Kostenanforderung gilt § 26 Abs. 6 KostVfg entsprechend.“

2.15

In Nummer 5.1 wird der Klammerzusatz wie folgt gefasst:

„(§ 120a, § 124 Abs. 1 Nrn. 2 bis 5 ZPO)“.

2.16

In Nummer 6.1 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Kostennachricht“ durch das Wort „Kostenanforderung“ ersetzt.

2.17

Nummer 10 wird wie folgt gefasst:

„Bei den Gerichten der Verwaltungs-, der Sozial- und der Finanzgerichtsbarkeit tritt in den vorstehenden Bestimmungen an die Stelle des Rechtspflegers der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des jeweiligen Rechtszugs, soweit er nach § 166 Abs. 2, 3, 7 VwGO, § 73a Abs. 4, 5, 9 SGG oder § 142 Abs. 3, 4, 8 FGO zuständig ist, im Übrigen der Richter.“

3

Abschnitt B. wird wie folgt geändert:

3.1

In Nummer 1.1.2 werden die Wörter „Parteien, denen Prozesskostenhilfe“ durch die Wörter „Beteiligte, denen Verfahrenskostenhilfe“ ersetzt.

3.2

In Nummer 1.4 werden die Wörter „der Partei“ durch die Wörter „des Beteiligten“ ersetzt.

3.3

In Nummer 2.1 wird die Angabe „§ 26 Abs. 2 FamGKG“ durch die Angabe „§ 26 Abs. 2 FamGKG, § 33 Abs. 1 GNotKG“ ersetzt.

3.4

Nummer 2.2 wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt A. Nummern 3.2 und 4.4 gelten mit der Maßgabe, dass auf § 24 Nrn. 1 und 2 und § 26 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz, Abs. 4 FamGKG sowie § 27 Nrn. 1 und 2 und § 33 Abs. 2 Satz 1 zweiter Halbsatz, Abs. 3 GNotKG verwiesen wird.“

3.5

In Nummer 2.3 wird die Angabe „§ 24 FamGKG“ durch die Angabe „§ 24 FamGKG und § 27 GNotKG“ ersetzt.

3.6

In Nummer 2.4 wird die Angabe „§ 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 FamGKG“ durch die Angabe „§ 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 FamGKG und § 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GNotKG“ ersetzt.

4

Abschnitt C. wird wie folgt geändert:

4.1

In Nummer 1.2 Buchstabe d. wird das Wort „Kostennachricht“ durch das Wort „Kostenanforderung“ ersetzt.

4.2

Nummer 1.2 Buchstabe h. wird wie folgt gefasst:

„Nummer 5.1 mit der Maßgabe, dass der Klammerzusatz „(§ 120a Abs. 1 Satz 2 und 3 ZPO, § 4 c Nrn. 1 bis 4 InsO)“ lautet.

5

Die Anlagen zur bisherigen Nummer 1.3 werden wie folgt geändert:

In der Überschrift der Anlagen 1 und 2 wird jeweils die Angabe „zu Nr. 1.3 DB-PKH“ gestrichen.

6

Diese AV tritt am 1. Dezember 2015 in Kraft.

Anlage 1 (Stand: 1. August 2013)**Kostenvoranschlag zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe (§ 115 ZPO)**

Klageverfahren vor den ordentlichen Gerichten					
I. Instanz					II. Instanz
nach Mahnverfahren		ohne Mahnverfahren			
1	2	3	4	5	6
Streitwert bis	nur GKG	GKG + RVG	nur GKG	GKG + RVG	GKG + RVG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
500	73	231	105	263	314
1.000	127	389	159	421	503
1.500	178	544	213	579	691
2.000	223	693	267	738	880
3.000	270	892	324	946	1.126
4.000	318	1.091	381	1.155	1.372
5.000	365	1.291	438	1.364	1.618
6.000	413	1.490	495	1.572	1.864
7.000	460	1.689	552	1.781	2.110
8.000	508	1.888	609	1.990	2.356
9.000	555	2.088	666	2.199	2.602
10.000	603	2.287	723	2.407	2.848
13.000	668	2.489	801	2.622	3.105
16.000	733	2.691	879	2.837	3.362
19.000	798	2.892	957	3.052	3.619
22.000	863	3.094	1.035	3.267	3.877
25.000	928	3.296	1.113	3.482	4.134
30.000	1.015	3.607	1.218	3.810	4.524
35.000	1.103	3.917	1.323	4.138	4.914
40.000	1.190	4.228	1.428	4.466	5.304
45.000	1.278	4.539	1.533	4.794	5.694
50.000	1.365	4.849	1.638	5.122	6.083
65.000	1.665	5.402	1.998	5.735	6.847
80.000	1.965	5.955	2.358	6.348	7.610
95.000	2.265	6.508	2.718	6.961	8.373
110.000	2.565	7.061	3.078	7.574	9.136
125.000	2.865	7.614	3.438	8.187	9.900
140.000	3.165	8.166	3.798	8.799	10.663
155.000	3.465	8.719	4.158	9.412	11.426
170.000	3.765	9.272	4.518	10.025	12.189
185.000	4.065	9.825	4.878	10.638	12.952
200.000	4.365	10.378	5.238	11.251	13.716
230.000	4.813	11.182	5.775	12.145	14.831
260.000	5.260	11.987	6.312	13.039	15.947
290.000	5.708	12.791	6.849	13.933	17.063
320.000	6.155	13.596	7.386	14.827	18.179
350.000	6.603	14.400	7.923	15.721	19.295
380.000	7.050	15.205	8.460	16.615	20.411
410.000	7.498	16.009	8.997	17.509	21.526
440.000	7.945	16.814	9.534	18.403	22.642
470.000	8.393	17.618	10.071	19.297	23.758
500.000	8.840	18.423	10.608	20.191	24.874

Anlage 2 (Stand: 1. August 2013)**Kostenvoranschlag zur Bewilligung von Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe in familiengerichtlichen Verfahren I. Instanz (§§ 76 FamFG, 115 ZPO)****Seite 1**

1	Hauptsacheverfahren				Verfahren einstw. Rechtsschutz	
	Scheidungs- sachen ein- schl. Folgesa- chen	Selbständige Familien- streitsachen	Kindschafts- sachen	Übrige Sachen	Kindschafts- sachen	Übrige Sachen und Familien- streitsachen
2	3	4	5	6	7	
Verfahrens- wert bis	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
500	70	105	18	70	15	53
1.000	106	159	27	106	16	80
1.500	142	213	36	142	21	107
2.000	178	267	45	178	27	134
3.000	216	324	54	216	32	162
4.000	254	381	64	254	38	191
5.000	292	438	73	292	44	219
6.000	330	495	83	330	50	248
7.000	368	552	92	368	55	276
8.000	406	609	102	406	61	305
9.000	444	666	111	444	67	333
10.000	482	723	121	482	72	362
13.000	534	801	134	534	80	401
16.000	586	879	147	586	88	440
19.000	638	957	160	638	96	479
22.000	690	1.035	173	690	104	518
25.000	742	1.113	186	742	111	557
30.000	812	1.218	203	812	122	609
35.000	882	1.323	221	882	132	662
40.000	952	1.428	238	952	143	714
45.000	1.022	1.533	256	1.022	153	767
50.000	1.092	1.638	273	1.092	164	819
65.000	1.332	1.998	333	1.332	200	999
80.000	1.572	2.358	393	1.572	236	1.179
95.000	1.812	2.718	453	1.812	272	1.359
110.000	2.052	3.078	513	2.052	308	1.539
125.000	2.292	3.438	573	2.292	344	1.719
140.000	2.532	3.798	633	2.532	380	1.899
155.000	2.772	4.158	693	2.772	416	2.079
170.000	3.012	4.518	753	3.012	452	2.259
185.000	3.252	4.878	813	3.252	488	2.439
200.000	3.492	5.238	873	3.492	524	2.619
230.000	3.850	5.775	963	3.850	578	2.888
260.000	4.208	6.312	1.052	4.208	631	3.156
290.000	4.566	6.849	1.142	4.566	685	3.425
320.000	4.924	7.386	1.231	4.924	739	3.693
350.000	5.282	7.923	1.321	5.282	792	3.962
380.000	5.640	8.460	1.410	5.640	846	4.230
410.000	5.998	8.997	1.500	5.998	900	4.499
440.000	6.356	9.534	1.589	6.356	953	4.767
470.000	6.714	10.071	1.679	6.714	1.007	5.036
500.000	7.072	10.608	1.768	7.072	1.061	5.304

	Hauptsacheverfahren				Verfahren einstw. Rechtsschutz	
	Scheidungs- sachen einschl. Folgesachen	Selbständige Familien- streitsachen	Kindschafts- sachen	Übrige Sachen	Kindschafts- sachen	Übrige Sachen und Familienstreitsa- chen
1	2	3	4	5	6	7
Verfahrens- wert bis	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
500	228	263	176	228	173	211
1.000	368	421	289	368	278	342
1.500	508	579	402	508	388	473
2.000	649	738	515	649	497	604
3.000	838	946	676	838	655	784
4.000	1.028	1.155	837	1.028	812	964
5.000	1.218	1.364	999	1.218	970	1.145
6.000	1.407	1.572	1.160	1.407	1.127	1.325
7.000	1.597	1.781	1.321	1.597	1.284	1.505
8.000	1.787	1.990	1.482	1.787	1.442	1.685
9.000	1.977	2.199	1.644	1.977	1.599	1.866
10.000	2.166	2.407	1.805	2.166	1.757	2.046
13.000	2.355	2.622	1.955	2.355	1.901	2.222
16.000	2.544	2.837	2.105	2.544	2.046	2.398
19.000	2.733	3.052	2.254	2.733	2.191	2.573
22.000	2.922	3.267	2.404	2.922	2.335	2.749
25.000	3.111	3.482	2.554	3.111	2.480	2.925
30.000	3.404	3.810	2.795	3.404	2.714	3.201
35.000	3.697	4.138	3.035	3.697	2.947	3.476
40.000	3.990	4.466	3.276	3.990	3.181	3.752
45.000	4.283	4.794	3.517	4.283	3.414	4.028
50.000	4.576	5.122	3.757	4.576	3.648	4.303
65.000	5.069	5.735	4.070	5.069	3.937	4.736
80.000	5.562	6.348	4.383	5.562	4.226	5.169
95.000	6.055	6.961	4.696	6.055	4.515	5.602
110.000	6.548	7.574	5.009	6.548	4.804	6.035
125.000	7.041	8.187	5.322	7.041	5.092	6.468
140.000	7.533	8.799	5.634	7.533	5.381	6.900
155.000	8.026	9.412	5.947	8.026	5.670	7.333
170.000	8.519	10.025	6.260	8.519	5.959	7.766
185.000	9.012	10.638	6.573	9.012	6.248	8.199
200.000	9.505	11.251	6.886	9.505	6.537	8.632
230.000	10.220	12.145	7.332	10.220	6.947	9.257
260.000	10.935	13.039	7.779	10.935	7.358	9.883
290.000	11.650	13.933	8.225	11.650	7.769	10.508
320.000	12.365	14.827	8.672	12.365	8.180	11.134
350.000	13.080	15.721	9.118	13.080	8.590	11.759
380.000	13.795	16.615	9.565	13.795	9.001	12.385
410.000	14.510	17.509	10.011	14.510	9.412	13.010
440.000	15.225	18.403	10.458	15.225	9.822	13.636
470.000	15.940	19.297	10.904	15.940	10.233	14.261
500.000	16.655	20.191	11.351	16.655	10.644	14.887

**Nr. 31. Anordnung über die
Erhebung von statistischen Daten
in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik)**

**AV d. JM vom 14. Oktober 2015 (1440 - I. 24)
- JMBl. NRW S. 370 -**

Die Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik) wird in der neuen Fassung (Stand: 1. Januar 2016) zum 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig tritt die AV d. JM vom 1. Oktober 2014 (1440 - I. 24) - JMBl. NRW 2014 S. 289 - außer Kraft.

Personalnachrichten

OLG-Bezirk Düsseldorf

Gerichte

Ernannt:

z. **Richter am AG - als weiterer Aufsicht führender Richter** -: Richter am AG Dr. Wolfram von Borzeszkowski in Remscheid; z. **Justizoberamtsrat**: Justizamtsrat Michael Melchers in Duisburg; z. **Justizamtsrätin**: Justizamtsfrau Christiane Braun in Wesel; z. **Justizamtsrat**: Justizamtman Markus Reurthmanns in Kempen; z. **Sozialoberamtsrätin**: Sozialamtsrätin Almuth Hücke in Wuppertal; z. **Sozialoberinspektorin**: Sozialinspektorin Nina Kreißl in Düsseldorf.

Ruhestand:

Justizamtsrat Eckhardt Kopatz und Justizamtsrätin Irmgard Davids in Düsseldorf.

Entlassung auf eigenen Antrag:

Justizobersekretärin Sabina Gesthüsen in Düsseldorf.

Staatsanwaltschaften

Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor Alexander Ofiarkiewicz.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Neuzulassungen und Übernahmen aus anderen Kammerbezirken:

Winfried Heckner, Sebastian Scheuer in Duisburg, Ulrike Ahlers-Murfitt, Isabel Arnon, Dr. Jan Henning Berg, Max Betz, Daniel Drissen, Dr. Moritz von der Ehe, Sarah Erne, Hanna Eulenberg, Sebastian Friedl, Maren Granzow, Jana Gretschel, LL.M., Mike Hallenberger, Theresa Heinke, Dr. Matthias Hinz, Patrick Kiraga, Hannah Kolwitz, Maximilian Kruse, Johannes Paul Laufenburg, Dr. Carla Linse, Anette Michalzik, Alexander Mühleisen, LL.M., Prof. Dr. Martin Müller, Yohei Nagata, Natascha Neunzig, Clarissa Otto, Dr. Anja Palatzke, Anne Pohl,

Rhiannon Pugh, Jennifer Sauder, Constanze Schmall, Friederike Schultze, Sören Segger, Alexander Shemyakin, Dr. Adina Sitzer, Ulrike Sommer, Thomas Rainer Spahl, Jochen Struck, Jennifer Tenckhoff, Fatih Topac, LL.M., Maximilian Weimann u. Janina Winz in Düsseldorf, Paul-Heinz Gröne in Erkrath, Mustafa Tekin in Hückelhoven, Stefanie Klein, LL.M. in Korschenbroich, Linda Begon, Kathrin Horster, Kurt Kühr, in Krefeld Arndt Bardelmeier, in Meerbusch Samirah Schumacher, in Mönchengladbach, Thomas Weiß in Monheim, Maximilian Heitkämper u. Patrick Libuda in Mülheim an der Ruhr, Marina Afonassenko, Georg Fiedler u. Ellen Stein-Müller in Neuss, Daniel-Nabil Hay in Velbert, Dennis Kunze u. Simone Schumacher in Wuppertal.

Gelöscht:

David Schwab, Beate Wagner, Reinhold Klinkenborg, Udo Priebe, Gregor Peter Heiko Boll, LL.M., Franziska Lieb, Dr. Arno Gildemeister, Dr. Eckard Franken, Florian Benning, Christine Rosenthal, Ann-Kathrin Kermer-Meyer, Sebastian Müller, LL.M., Peter Lindt, Hans Lingen, Katja Schuler-Klawitter, Burckhard Hunsche, Dr. Isabel Niedergöker, Dr. Sabine Otte-Gräbener, LL.M., Dr. Klaus Lohmar, Tim Salewski, Manuela Bemme, Felix Leuer, Thomas Klümper, Christian Schaefer, Wolfgang Mielke, Sabine Theis, LL.M., Katrin Heinz, Birgit Zellerhoff, Jan Vincent Sabin, Karin Hohner, René Imscher, Dr. Sören Ludwig, Alexandra Opelt, Marta Arquero Pou, Stefanie Atzlinger, Jana Dannenhauer, Marina Gerzon, Stefan Grossmann, Dr. Rebecca Jansen, Alexander Ofiarkiewicz, Kristin Wieneke, Dr. Helmut Angenvoort, Dr. Ulrich Fahr, Friedhelm Krist u. Ludger Bennewitz.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwalt und Notar Dr. Ulrich Holschbach in Duisburg.

OLG-Bezirk Hamm

Gerichte

Ernannt:

z. **Präsidenten des AG** (BesGr. R 5): Präsident des AG (BesGr. R 4) Jörg Heinrichs aus Essen in Dortmund; z. **Richter/in am AG - als weitere/r Aufsicht führende/r Richter/in** -: Richter/in am AG Gerrit Zengerling in Bielefeld u. Susanne Kuschmann in Siegen; z. **Richterin am LG**: Richterin am LG Dr. Karina Becker und Annalena Wolf in Essen, z. **Richter/in am AG**: Richter/in Charlotte Druckenbrodt, Uwe Fels, Mira Quadt und Nikola Schulze Düllo in Essen; z. **Regierungsrat/-rätin**: Justizoberamtsrat/-oberamtsrätin Regina Koschker in Dortmund u. Stefan Jöris in Essen; z. **Justizamtsrat**: Justizamtman Frank Siebrandt in Essen; z. **Justizamtman**: Justizoberinspektor Markus Spies in Essen; z. **Sozialamtsrat/-amtsrätin**: Sozialamtman/-amtfrau Gabriele Gauer u. Ulrich Haßel in Dortmund, Ralf Haußmann u. Peter Märkert in Bochum, Marion Rieke in Detmold; z. **Obergerichtsvollzieherin**: Gerichtsvollzieherin Silvia Walburga Reichel in Ibbenbüren; z. **Justizamtsinspektor/in** (BesGr. A 9 m. AZ.): Justizamtsinspektor Heribert Wiese in Arnsberg; z. **Justizamtsinspektor/in**: Justizhauptsekretär/in Ralf Grotjohann in Bad Oeynhausen, Thomas Hagemann und Bettina Spengemann in Bielefeld, Ralf Holzberg in Herford, Thomas Günnigmann und Gundele Hagen in Münster, Ulrich Schiller in Rahden, Rolf Brokamp in Warendorf; z. **Justizhauptsekretär/in**: Justizobersekretär/in Sylvia-Christina Campe, Sabine Erdbrügger und Birgit Pörtner in Bad Oeynhausen, Vera Oberbremer und Jörg Schäfer in Bielefeld, Elisabeth Lübbers in Bocholt, Sascha Bartholmey in Hagen, Annette Kempker, Rita Andrea Kleemann und Heidrun Schmitz in Ibbenbüren, Bianca Heinemann in Lüdenscheid, Holger Winterberg in Minden, Silke Buhl in Münster, Ariane Deppe und Monika Stiens in Rheda-Wiedenbrück, Mechthild Tasler in Rheine; z. **Justizobersekretär/in**: Justizsekretär/in Katrin Annette Lenz in Dortmund und Judith Neuhaus in Lüdenscheid; z. **Ersten Justizhauptwachtmeister/in** (BesGr. A 5): Justizhauptwachtmeister/in Joachim Quittner in Arns-

berg, Sven Kaiser in Bochum, Christian Fischer und Vivien Titt in Münster, Björn Friedrich in Soest.

Versetzt:

Vizepräsident des LG Ulrich Sachse als Direktor des Amtsgerichts (BesGr. R 2 m. AZ.) von Arnsberg nach Hagen, Richter am AG Kai-Benjamin Hommer von Geldern nach Ibbenbüren, Richterin am AG Julia Hiltrop aus Lüdinghausen als Richterin am VerwG an das VG Gelsenkirchen.

Ruhestand:

Richter am AG - als weiterer Aufsicht führender Richter - Christoph Barutzky in Dortmund u. Dr. Michael Cirullies in Hagen, Richter am AG Dr. Rolf Märten in Essen, Obergerichtsvollzieher - BesGr. A 9 m. AZ - Matthias Jaeker in Marl; Justizvollstreckungshauptsekretär Manfred Weißbach in Essen, Erster Justizhauptwachtmeister Dirk Hefe in Hattingen.

Richterin/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Kai Uwe Böger, Stefan Hoof, Julian Menze u. Carola Tants.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Ersten Justizhauptwachtmeisterin** (BesGr. A6): Erste Justizhauptwachtmeisterin Evelin Kall in Münster.

Ruhestand:

Staatsanwalt als Gruppenleiter (BesGr. R 1 m. AZ.) Manfred Günther Lischeck in Siegen, Oberamtsanwalt (BesGr. A13 m. AZ.) Peter Leisen in Dortmund, Oberamtsanwältin (BesGr. A13) Vera Cassidy in Münster, Justizamtfrau Annette Gördes in Arnsberg.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Neuzulassungen und Aufnahmen aus anderen Kammerbezirken:

Theodor Bornhöft in Bielefeld, Nils Lennart Bremann, LL.M. in Münster, Pia Dagasan in Essen, Christopher Eilersiek in Bielefeld, Karsten Hartmann in Lünen, Katrin Heinz (bisher RAK Düsseldorf) in Essen, René Irmischer (bisher RAK Düsseldorf) in Essen, Diane Janzen in Bielefeld, Maximilian Juncker in Münster, Thomas Klümper (bisher RAK Düsseldorf) in Gescher, Sven Kramer in Münster, Christian Krause, LL.M. in Essen, Felix Leuer (bisher RAK Düsseldorf) in Bielefeld, Eugen Meisner in Recklinghausen, Julia Mut in Bochum, Matthias Rahe (bisher RAK Hamburg) in Münster, Jan Vincent Sabin, LL.M. in Essen, Tim Salewski (bisher RAK Düsseldorf) in Lünen, Hendrik Schäfer in Gladbeck, Sören Scheibel in Essen, Norman Stabaginski in Detmold, Claas Stodollick in Essen, Sabine Theis (bisher RAK Düsseldorf) in Bad Sassendorf, Janine Wedler in Münster, Céline Weiße (bisher RAK Köln) in Stadtlohn, Birgit Zellerhoff (bisher RAK Düsseldorf) in Gelsenkirchen.

Aufnahmen nach EuRAG / Aufnahmen gemäß § 206 BRAO:

Alvaro Balbas Terceno (Abogado) in Bielefeld (bisher RAK Berlin).

Löschungen als Rechtsanwalt:

Wolf-Peter Voigt in Bielefeld, Dr. Cornelia Hansen, LL.M. in Münster, Dr. Christoph Kuznik in Essen, Sabine Custodis-Coché in Marl, Jan Wolters in Bad Oeynhausen, Christian Kunkel in Essen, Simon Freermann in Münster, Wolfgang Neuhoff in Dortmund, Lucia Leal Couso, LL.M. (Abogada) in Bielefeld, Dr. Christiane Nitschke in Detmold, Wolfgang Klus in Marl, Elke Feller in Lünen, Rüdiger Wenner in Rheine, Gregor Lorenz in Werl, Hans-Wolfgang Schulte in Paderborn, Linda Wagner in Herten, Dr. Heinrich Brückmann in Werne.

Abgabe in andere Kammerbezirke:

Daniel-Nabil Hay in Hattingen, Ragnar Baderschneider in Bad Salzuflen, Susanne Muck in Iserlohn, Konstanze Lüken, LL.M. Gew. RS in Ostbevern, Nicola Tüns in Münster, Markus Piontek, LL.M.(Taxation) in Bielefeld, Nikolaus Kraß in Coesfeld.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwälte und Notare Joachim Mamot in Gelsenkirchen, Kristian Schatz in Schwelm, Ernst Mühlmeier in Warburg und Karl Frewer in Höxter.

OLG-Bezirk Köln

Gerichte

Ernannt:

z. **Vors. Richter am LG**: Richter am LG Gabriel Glasmann in Bonn; z. **Richterin am AG - als weitere Aufsicht führende Richterin** -: Richterin am AG Dr. Claudia Knipper in Bonn; z. **Richter/in am LG**: Richter/in Birgit Knoll in Bonn u. Dr. Johannes Sebastian Oebbecke in Köln; z. **Justizoberamtsrat/-amtsrätin**: Justizamtsrat/-amtsrätin Peter Paul Müller in Euskirchen, Dorothea Kalle u. Gabriele Schnitzer in Köln; z. **Justizamtsrat/-amtsrätin**: Justizamtsmann/-amtsfrau Petra Kaumanns in Düren, Helga Willach in Köln u. Winfried Schneider in Schleiden; z. **Sozialamtsrat**: Sozialamtsmann Jens Waßmuth in Aachen, Martin Kuhnigk, Michael Nikodem u. Hans Dieter Polch in Köln; z. **Sozialamtsfrau**: Sozialoberinspektorin Kerstin Bigge in Aachen u. Sabine Kleitsch in Köln; z. **Justizamtsmann**: Justizoberinspektor Karl-Heinz Prümmer in Monschau; z. **Sozialoberinspektorin**: Sozialinspektorin Sabrina Eckel, Kirsten Hentschel, Astrid Hermelingmeier u. Rahel Solzin in Köln; z. **Justizoberinspektorin**: Justizinspektorin Melanie Berthold in Leverkusen.

Ruhestand:

Vors. Richter am OLG Joachim von Hellfeld.

Staatsanwaltschaften:

Ernannt:

z. **Staatsanwältin**: Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Sonja Murariu in Aachen u. Daniela Fuchs in Köln.

Finanzgerichte

Ernannt:

z. **Richter am FG:** Richter auf Probe Dr. Carl-Christian Knobbe in Köln.

Justizvollzug

Ernannt:

z. **Regierungsoberamtsrat:** Regierungsrat Ralf Muth in Willich; z. **Justizvollzugsamtsinspektor/in** (BesGr. A 9 m. AZ.): Justizvollzugsamtsinspektor/in Heike Hertel in Iserlohn u. Bodo Ott in Rheinbach; z. **Justizvollzugsamtsinspektor:** Justizvollzugshauptsekretär Manfred Schäfer in Bielefeld-Brackwede, Frank Göcke, Christian Prill u. Jörn Radünz in Iserlohn, Jörg Bongertmann in Kleve; z. **Justizvollzugshauptsekretär:** Justizvollzugsoberssekretär Daniel Eberlein in Bielefeld-Brackwede, Dominik Henke in Bochum u. Michael Tekath in Kleve.

Ruhestand:

Oberlehrer Dirk Wülker in Herford u. Justizvollzugsamtsinspektor Rolf Dohmen in Aachen

Stellenausschreibungen

Das Land NRW fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Das Land NRW bemüht sich bevorzugt um die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen. Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des § 2 Abs. 3 SGB IX sind daher ebenfalls ausdrücklich erwünscht.

Die folgenden Ausschreibungen richten sich ausdrücklich auch an Menschen mit Migrationshintergrund.

Sofern im Einzelnen nichts Anderes bestimmt ist,

- richten sich die Ausschreibungen an Voll- und Teilzeitkräfte,
- sind Bewerbungen innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung grundsätzlich auf dem Dienstweg einzureichen.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

- | | |
|---|--|
| 1 | Vors. Richterin o. Vors. Richter am OLG (R 3) in Düsseldorf |
| 1 | Vizepräsidentin o. Vizepräsident d. LG (R 2 m. AZ.) in Krefeld |
| 1 | Oberstaatsanwältin o. Oberstaatsanwalt (R 2 m. AZ.) b. d. GStA in Köln |
| 1 | Vors. Richterin oder Vors. Richter am LG (R 2) in Düsseldorf |
| 1 | Vors. Richterin oder Vors. Richter am LG (R 2) in Bonn |

- 1 RichterIn o. Richter am AG - als weit. Aufsicht führ. Ri. - (R 2) b. d. AG Mönchengladbach
- 1 Vors. RichterIn oder Vors. Richter am LG (R 2) in Köln
- 1 Oberstaatsanwältin o. Oberstaatsanwalt (R 2) b. d. StA in Köln
- 1 Direktorin o. Direktor d. AG (R 1 m. AZ.) in Delbrück
- 1 o. mehrere RichterIn o. Richter am LG in Münster
- 1 RichterIn o. Richter am SG in Dortmund
- 1 RichterIn o. Richter am SG in Düsseldorf
- 1 RichterIn o. Richter am ArbG in Köln
- 1 Staatsanwältin o. Staatsanwalt in Bielefeld für die Ernennung von Richterinnen/Richtern auf Probe aus dem Bezirk der GStA Hamm
- 1 Staatsanwältin o. Staatsanwalt in Münster für die Ernennung von Richterinnen/Richtern auf Probe aus dem Bezirk der GStA Hamm
- 1 Regierungsamtsrätin o. Regierungsamtsrat - Sachgebietsleiter/in - b. d. LAG Köln - die Besetzung der Planstelle soll ausschließlich im Wege der Beförderung erfolgen -
- 1 o. mehrere Sozialamtsrätin o. Sozialamtsrat - Fachkraft des ambulanten Sozialen Dienstes der Justiz - b. d. LG Bonn
- 1 Sozialamtfrau o. Sozialamtmann - Fachkraft des ambulanten Sozialen Dienstes der Justiz - b. d. LG Bonn
- 1 Justizamtmann/-frau - Rechtspfleger/in oder Sachbearbeiter/in - b. d. StA Bochum
- mehrere Justizoberinspektor/in - Rechtspfleger/in oder Sachbearbeiter/in - im Bezirk der GStA Hamm
- 1 Sozialoberinspektorin o. Sozialoberinspektor - Fachkraft des ambulanten Sozialen Dienstes der Justiz - b. d. LG Bonn
- 1 o. mehrere Sozialoberinspektorin o. Sozialoberinspektor - Fachkraft des ambulanten Sozialen Dienstes der Justiz - b. d. LG Köln
- 2 Hauptwerkmeisterin o. Hauptwerkmeister b. d. JVA Bielefeld-Brackwede
- 1 o. mehrere Fachkraft des ambulanten Sozialen Dienstes in dem LG-Bezirk Bochum mit noch näher zu bestimmendem Dienstsitz

Es handelt sich um befristet zu besetzende Stellen für Fachkräfte des ambulanten Sozialen Dienstes im Beschäftigtenverhältnis (Entgeltgruppe 10 TV-L).
Einstellungsvoraussetzungen sind der erfolgreiche Abschluss des Studiums der Sozialarbeit oder der Sozialpädagogik und die staatliche Anerkennung.

Bewerbungen sind mit den üblichen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Studiumsabschluss, Zeugnisablichtungen, Tätigkeitsnachweise) bis zum 15.11.2015 an den Präsidenten des Landgerichts Bochum zu richten.

- 1 Erster Justizhauptwachtmeisterin o. Erste Justizhauptwachtmeister (A5) b. d. StA Münster

Stellv. Geschäftsleiter/in mit Sachgebietsleitung b. d. LSG Nordrhein-Westfalen

Bei dem LSG Nordrhein-Westfalen ist demnächst der Dienstposten der stellv. Geschäftsleiterin / des stellv. Geschäftsleiters mit Sachgebietsleitung zu besetzen. Die Funktion ist derzeit der Besoldungsgruppe A 13 höherer Dienst BBesO i.d.F. d. ÜBesG NRW zugeordnet. Bewerben können sich alle Beamtinnen und Beamten der Sozialgerichtsbarkeit, denen ein Amt der Besoldungsgruppe A 13 gehobener Dienst BBesO i.d.F. d. ÜBesG NRW übertragen ist. Bewerbungen sind innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung auf dem Dienstweg an den Präsidenten des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen in Essen zu richten.

Verwaltungsleiter/in b. d. JVA Wuppertal-Ronsdorf

Bei der JVA Wuppertal-Ronsdorf ist der Dienstposten für die Verwaltungsleiterin oder den Verwaltungsleiter zu besetzen. Die Funktion ist in der Bandbreite den BesGr. A 12 bis A 13 g.D. BBesO i.d.F. d. ÜBesG NRW zugeordnet. Das Anforderungsprofil kann b. d. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erbeten werden.

Geschäftsleiter/in b. d. ArbG Bonn

Bei dem ArbG Bonn ist demnächst der Dienstposten d. Geschäftsleiterin/Geschäftsleiters neu zu besetzen. Die Funktion ist in der Bandbreite den Besoldungsgruppen A 10 bis A 12 zugeordnet. Bewerben können sich Beamtinnen/Beamte des LAG-Bezirks Köln.